



Basels starke Alternative

Basta!  
Postfach  
4005 Basel

Tel/Fax 061 691 16 31  
www. basta-bs.ch

Basel, 14. Juni 2005

**„Hafendeal“: Die bis anhin zugänglichen Eckdaten sind zu dürftig**  
**Basta! ist nicht grundsätzlich gegen den zwischen Regierung und Novartis**  
**ausgehandelten Verkauf des Hafenareals St. Johann. Die bis anhin bekannt**  
**gewordenen Eckdaten lassen allerdings derart viele Fragen offen, dass eine**  
**seriöse Beurteilung des Vorhabens noch nicht möglich ist:**

**Grünanlage für wen?** Basta! befürwortet den Rückbau des Hafenareals und dessen Umwandlung in eine Grünanlage. Wir sehen jedoch nicht ein, weshalb diese Grünanlage an einem attraktiven Ort direkt am Rhein nicht öffentlich zugänglich sein soll. Zur Befriedigung der Sicherheitsbedürfnisse von Novartis liessen sich bestimmt andere Lösungen finden als die hermetische Abriegelung des gesamten Campus-Geländes.

**Fehlendes Hafenkonzzept.** Bevor die jetzt im Hafen St. Johann eingemieteten Firmen umgesiedelt werden, müsste ein Hafenkonzzept für alle Rheinhäfen von Weil bis Birsfelden vorliegen. Sonst besteht die Gefahr, dass die betroffenen Firmen in einigen Jahren erneut den Standort wechseln müssen. Eine Umsiedlung in ein Provisorium macht aus unserer Sicht keinen Sinn.

**Der Preis.** Die 100 Millionen Franken, die Novartis anbietet, wirken auf den ersten Blick beeindruckend. Bei näherem Hinsehen stellt sich aber die Frage: Wieviel von diesem Geld bleibt am Schluss noch für den Kanton, oder ist der Kanton gar der Geprellte? Wir fordern die Regierung auf, die Rechnung offen zu legen. Welcher Betrag ist für den Rückbau und die Bodensanierung vorgesehen? Beruht dieser Betrag auf einer seriösen Untersuchung der zu erwartenden Altlasten, die beseitigt werden müssen? Mit welchem Betrag rechnet die Regierung für die Umsiedlung und allfällige Schadenersatzforderungen der momentan eingemieteten Firmen?

**Verkauf oder Baurecht?** Ist auch die Option geprüft worden, das Areal im Baurecht abzugeben?

Im Interesse einer grösstmöglichen Transparenz fordern wir die Regierung auf, bereits ausgehandelte Verträge offen zu legen. Wir fänden es stossend, wenn wir am Schluss vor vollendete Tatsachen gestellt würden. Ein für die Stadtentwicklung derart einschneidendes Projekt kann nur auf breite Akzeptanz stossen, wenn es demokratisch legitimiert ist.